

Über die Notwendigkeit
eines neuen
strategischen Konsens

Pulverfass Nahost

Ulrich Weisser

Wer die schrecklichen Bilder vom Kriegsgeschehen im Libanon und im Gazastreifen vor Augen hat, mag wohl kaum daran denken, dass es trotz des scheinbar unentwirrbaren Knotens von Konfliktersachen auch Lösungsmöglichkeiten in Richtung eines dauerhaften Friedens gibt.

Ein solcher Ansatz verlangt allerdings zweierlei: Zum einen ist es notwendig, dass sich die Beteiligten von überholten Vorurteilen und Festlegungen trennen; zum anderen muss die bisher vor allem in Washington von Fantasielosigkeit geprägte Politik überwunden werden. Es gilt, die Mindestforderungen aller Beteiligten zum Maßstab des Erfolges zu machen. Auf einen kurzen Nenner gebracht, bedeutet dies nichts anderes als die Abstimmung der Grundinteressen aller direkt oder indirekt am Konflikt beteiligten Parteien: Israel geht es vor allem um Sicherheit; die Palästinenser wollen einen lebensfähigen Staat; Syrien fordert die von Israel besetzten Golanhöhen zurück; Libanon möchte in der Lage sein, seine Souveränität auszuüben und sein Gesellschaftsmodell neu auszutarieren; eine Lösung der Streitigkeiten um den kleinen Landzipfel zwischen Israel, dem Libanon und Syrien, den „Sheeba Farmen“, muss zwischen Beirut und Damaskus ausgehandelt werden. Viel wichtiger aber wird es sein, dem Machtkampf zwischen Sunniten und Schiiten den Boden durch eine umfassende Friedenslösung zu entziehen, die den Iran unter bestimmten Bedingungen als regionalen Stabilitätsfaktor zulässt.

Alle Beteiligten gehören an einen Tisch: Israel, der Libanon, die Hisbollah, Syrien, der Iran, die Hamas, Ägypten, Jordanien und die UNO.

Für Israel bedeutet Sicherheit nichts anderes als Existenzsicherung auf einem Territorium, auf das Israelis und Palästinenser einen historisch legitimierten Anspruch geltend machen, der bis in biblische Zeiten zurückreicht. Der erste Judenstaat wurde schon 722 vor Christus von den Assyriern zerstört. Das im zweiten Jahrhundert vor Christus gegründete Königreich Judäa verlor mit der Eroberung durch die Römer im Jahr 63 vor Christus seine Selbstständigkeit und hieß fortan Palästina. Die nach dem jüdischen Krieg vertriebenen Juden ließen sich ab etwa 70 nach Christus in Europa nieder.

Fast zweitausend Jahre später wurde die Sehnsucht der in der Diaspora lebenden Juden nach einem eigenen Staat von Theodor Herzl in der zionistischen Bewegung gebündelt, die auf Palästina als neue Heimat aller Juden zielte. Noch bevor es dazu im Sinne der Ideen Herzls kam, wurde Palästina zum Spielball der Kolonialinteressen Großbritanniens, der Großmachtambitionen der Türkei und der Araber. 1920 verständigten sich Briten und Franzosen darauf, das Gebiet unter sich aufzuteilen, obwohl es zuvor den Arabern von Großbritannien zugesagt worden war: Die Briten wurden Mandatsmacht für Palästina, die Franzosen für den Libanon. 1947 übergaben die Briten ihr Mandat an die UNO. Dort wurde 1947 entschieden, dass Palästina unter Ju-

den und Arabern aufgeteilt werden sollte, was zu einem Bürgerkrieg zwischen beiden Seiten führte. Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel gegründet, und schon einen Tag später begann der erste arabisch-israelische Krieg, dem noch weitere fünf Kriege folgen sollten.

Gekoppelt mit der Erinnerung an die Judenvernichtung im Dritten Reich macht diese geschichtliche Erfahrung die Frage Sicherheit für Israel zum wichtigsten Thema; daraus erklären sich die Hochrüstung Israels und sein Glaube, als stärkste Militärmacht in der Region gegen jede Gefahr gewappnet zu sein. Diese Strategie ist jetzt ins Wanken geraten. Im Libanon hat sich gezeigt, dass in Zeiten asymmetrischer Kriegführung kein schneller Sieg mit Luftschlägen zu erreichen ist. Im Gegenteil: Israel hat zwar völlig unnötigerweise die für das Überleben des Staates Libanon wichtige Infrastruktur zerstört – Flug- und Seehäfen, Autobahnen, Brücken, Nahrungsmittelfabriken, ganze Dörfer und Städte – und im Mittelmeer eine Umweltkatastrophe angerichtet, aber doch das Ziel verfehlt, die Hisbollah zu entwaffnen, was danach selbst einem Großaufgebot an Landstreitkräften nur zu Teilen gelang. Die israelische Staatsführung muss sich daher auf eine kritische Debatte einstellen.

Stabilisierung des Libanon

Mit Blick auf den Libanon geht es deshalb darum, Ursachen weiterer Konflikte zu beseitigen. Dazu gehören in erster Linie die Rückgabe der Golanhöhen an Syrien und die Einbindung Syriens in eine Lösung, die den Libanon stabilisiert. Syrien instrumentalisiert die Hisbollah im Libanon bisher in erster Linie, um Druck auf Israel auszuüben. Wenn dafür der Grund entfällt, entfällt auch das Motiv Syriens, die Hisbollah weiter zu stützen, denn religiöse Motive gibt es in Damaskus nicht. Antiisraelische Propagandareden des syrischen Staatspräsidenten

sind innenpolitisch und taktisch motiviert – mit anderen Worten „for domestic consumption“, nicht jedoch das letzte Wort. Eine entscheidende Voraussetzung für einen friedlichen und stabilen Libanon besteht darin, das „Gesellschaftsmodell“ neu auszutarieren, wonach den Schiiten nach ihrem Anteil an der Bevölkerung ein größerer Einfluss als bisher zusteht. Damit würde ein weiterer Grund entfallen, der Hisbollah Sonderrechte als einem Staat im Staate einzuräumen. Israel wird die Hisbollah zu keiner Zeit völlig ausschalten können. Aber es ist eine Politik denkbar, die das Gewicht der Hisbollah außerordentlich mindert und auf diese Weise auch die Gefahr, die von ihr ausgeht. Der Libanon ist nach den Worten von Papst Johannes Paul II. kein Land, sondern eine Botschaft: Diese Botschaft besagt, dass es ein friedliches Miteinander von Kulturen und Religionen geben kann: im gelebten Dialog zwischen Christentum und Islam – ein Ansatz, der auf Trennung von Staat und Religion zielt und gerade deshalb eine Vorbildfunktion für die gesamte Region hat.

Ein weit gefasster Friedensansatz verlangt auch, den blutigen Konflikt zwischen Israel und dem terroristisch dominierten Palästina zum gemeinsamen Projekt erster Priorität zu machen. Dabei sind drei Punkte essenziell:

Erstens: Das Existenzrecht Israels und das Recht seiner Bürger, in Sicherheit und Frieden zu leben, sind nicht verhandelbar. Aber auch die Palästinenser haben das Recht auf einen eigenen Staat, weil sie sonst keine Zukunft haben. Deshalb muss mit der Hamas geredet werden und die Siedlungspolitik Israels in den palästinensischen Gebieten revidiert werden.

Zweitens: Die terroristischen Angriffe auf Israel müssen aufhören, und die palästinensische Führung muss dies durchsetzen. Israel muss in diesem Kontext

zwar seine Bürger schützen, darf aber nicht zulassen, dass einzelne Terroristen allein die Politik bestimmen und den Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt immer wieder in Gang setzen.

Drittens: Die Nachbarstaaten müssen diesen Prozess schon aus eigenem Interesse unterstützen und dürfen den Terroristen keine weitere Hilfestellung bieten.

Es wird mithin nur Frieden geben, wenn auch Israel bereit ist, die verschiedenen Konfliktursachen in einem Verhandlungspaket zu bündeln und dafür eine kluge politische Strategie zu verfolgen.

Dialog mit Iran

Eine Paketlösung, die Israel, den Libanon, die Palästinenser und Syrien einbezieht, wird es dem Iran sehr erschweren, dort noch Einfluss auszuüben. Es spricht aber viel dafür, dass der Iran seine Raketen auf mittlere Sicht mit nuklearen Sprengköpfen armieren will. Eine solche Entwicklung würde eine existenzielle Bedrohung für Israel, aber bald auch für Europa bedeuten und die strategische Gesamtlage im erweiterten Nahen Osten dramatisch verändern. Deshalb ist die Völkergemeinschaft entschlossen, dem Iran den Zugang zu Nuklearwaffen zu verwehren. Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen mit dem Iran ist aber, zunächst die strategischen Motive für die iranischen nuklearen Ambitionen zu ergründen und die durchaus nachvollziehbare Beurteilung der iranischen Sicherheitslage durch die Regierung in Teheran zu verstehen: Der Iran fühlt sich eingekreist und sieht sich bedroht durch unberechenbare Nuklearmächte und wachsende Instabilität in seiner Nachbarschaft.

Als größte Beunruhigung wird aber in Teheran empfunden, dass Washington den Iran der „Achse des Bösen“ zurechnet, das Land als „Außenposten der Tyrannei“ apostrophiert und Militäroptionen nicht mehr ausschließt. Diese Sprache Washingtons ebenso wie die Ableh-

nung der USA, das schon 2002 erfolgte Angebot Teherans, einen konstruktiven Dialog zwischen Diplomaten und Militärs über den Irak und andere Themen aufzunehmen, hat die Rolle der USA erschwert, an einer breit angelegten diplomatischen Offensive als konstruktiver und glaubwürdiger Partner mitzuwirken. Die Nichtbeantwortung der Briefe des iranischen Staatspräsidenten in Washington und Berlin hat die Chance vergeben, in einen ernsthaften Dialog einzutreten. Stattdessen wurde durch solche Gesten das Gesprächsklima weiter vergiftet. Kein Wunder also, dass am 17. August 2006 zweiundzwanzig hochrangige amerikanische Diplomaten und Generäle in einem offen Brief gefordert haben, der US-Präsident möge endlich den direkten Dialog mit Teheran beginnen – dies im Interesse amerikanischer Sicherheit.

Androhung von Sanktionen

Eine Lösung der Krise muss allen Seiten etwas geben: keine persischen Nuklearoptionen mehr, aber auch Sicherheit für den Iran in einem bedrohlichen Umfeld. Mit anderen Worten – Sicherheit *vor* dem Iran verlangt auch Sicherheit *für* den Iran. Das Konzept kann also nur heißen – Dialog und Abschreckung. Abschreckend wirkt aber nur, was auch einsetzbar ist. Was bisher aus Washington an militärischen Optionen zu sehen ist, entspricht nicht diesem Kriterium und verdeckt die Tatsache, dass die Iran-Problematik eigentlich überhaupt nicht militärisch lösbar ist.

Abschreckend mögen aber Sanktionsandrohungen wirken, die das Land politisch und ökonomisch isolieren. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird auch deshalb dem Iran unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Völkergemeinschaft nicht bereit ist, das Angebot eines konstruktiven Dialoges weiter durch geheime Nuklearprogramme unterlaufen zu lassen.

Der iranischen Bevölkerung muss klar werden, dass ihre Regierung mit einem glaubwürdigen internationalen Sanktions- und Abschreckungsinstrumentarium konfrontiert wird, das womöglich alle Iraner zu spüren bekommen. Es geht also darum, in Teheran eine Entscheidung zu erzwingen – entweder politisch überleben oder Gang in die Isolation und weiter auf dem Weg zu Nuklearwaffen. Die Regierung in Teheran sitzt nicht so fest im Sattel, dass sie sich diese Alternative leisten kann, weder innen- noch außenpolitisch. Ein Gesicht wahrer Ausweg aus dieser Sackgasse mag für Teheran die Teilnahme des Irans an einer groß angelegten Friedenskonferenz für den Nahen Osten sein.

Neue Mechanismen

Ein neuer strategischer Konsens, der darauf gerichtet ist, mit den Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten fertig zu werden, kann und darf nicht allein militärisch determiniert und verengt sein. Es gilt, neue Mechanismen und Instrumente zu finden und einzusetzen. Es gilt, die politischen Prozesse zu verändern, die bisher gestattet haben, dass sich höchst bedrohliche Gruppen und Regime entwickelt haben. Mittlerweile wächst die Einsicht, dass es sich bei dieser Region um die größte strategische Herausforderung unserer Zeit handelt. Die dramatische Zuspitzung der Lage dort gefährdet nicht nur die Stabilität der betroffenen Staaten, sondern wird zugleich auch für den Westen zu einer rasch wachsenden Bedrohung – durch Terrorismus, durch gescheiterte Staaten, durch Flüchtlingsströme und gefährliche Rüstungsprogramme.

Im Irak, im Libanon und in Palästina prallen zwei grundverschiedene Denkrichtungen aufeinander, die die Konflikte immer neu aufladen: Amerika sieht jeden der Konflikte als Kampf für die Freiheit

und gegen Terrorismus; die Araber hingegen denken in anderen Kategorien: Sie wollen Freiheit von Militärbesetzung und ungerechten Kriegen. Die einzige Brücke zwischen diesen Gegensätzen scheint im Ende militärischer Besetzung zu liegen.

Die USA, Russland und Europa müssen sich im Grundsatz darauf verständigen, dass es einer gemeinsamen groß angelegten Strategie für den Nahen Osten bedarf, die darauf zielt, die Region so zu verändern, dass die dortigen Staaten sich in Richtung verlässlicher Staaten entwickeln und dann nicht nur miteinander, sondern auch mit dem Rest der Welt friedlich umgehen. Mit anderen Worten – es geht um die weit reichende Frage: Wie lässt sich der Nahe und Mittlere Osten so verändern, dass er nicht mehr länger Menschen hervorbringt, die Andersgläubigen aus anderen Kulturkreisen nach dem Leben trachten? Ein Stabilitätsansatz für diese Region verlangt deshalb auch, im Iran, in Ägypten und Saudi-Arabien Reformbewegungen zu unterstützen, um diese Staaten nicht radikalen Islamisten zu überlassen. Abgesehen von Israel und der Türkei haben sich die meisten Staaten im Nahen und Mittleren Osten bisher als unfähig zur Demokratie erwiesen und auch als unfähig, verantwortungsvolle Regierungen zu installieren oder sich gar an die Gegebenheiten der Globalisierung anzupassen.

Anstatt sich auf die Bedingungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts einzustellen, ist der politische Blick der meisten arabischen Staaten rückwärts gerichtet – nur allzu oft gewillt, den Nährboden für extreme Ideologien und Bewegungen bereitzustellen und damit eine Existenzbedrohung für den Westen zu züchten. Nötig ist deshalb nicht nur der Wille zum Frieden, sondern auch ein grundlegender Mentalitätswandel.